



HESSISCHER LANDTAG

23. 10. 2023

HAA

Antrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Fraktion der SPD,
Fraktion der Freien Demokraten**

In voller Solidarität an der Seite Israels: Terror bekämpfen – jüdisches Leben schützen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag ist schockiert und zutiefst erschüttert über die Gräueltaten, die die Terrororganisation Hamas an Jüdinnen und Juden in Israel verübt hat und steht fest und in voller Solidarität an der Seite seines Partners Israel. Der Landtag verurteilt die feigen und menschenverachtenden Terrorangriffe der Hamas-Terroristen gegen Israel auf das Schärfste. Gemeinsam trauern wir mit den Familien der Opfer und Entführten. Deutschland und Hessen sind dem Schutz und der Sicherheit Israels verpflichtet. Die Sicherheit und das Existenzrecht Israels ist deutsche Staatsräson.
2. Die alleinige Verantwortung für die aktuelle Eskalation trägt die Hamas. Jegliche Rechtfertigung ihrer Terrorangriffe hat in unserem Land keinen Platz. Eine Verhöhnung der Opfer, die Verbreitung von Propagandamitteln von Terrororganisationen oder das Verbrennen von Israelflaggen werden auf unseren Straßen nicht geduldet. Dieses Gedankengut ist mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar. Der Rechtsstaat wird hierauf mit voller Entschlossenheit und Härte reagieren.
3. Der Landtag spricht sich dafür aus, alle aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um straffällige Unterstützer der Hamas und weiterer Terrororganisationen zügig abzuschieben, wenn sie keinen deutschen Pass haben. Alle rechtsstaatlichen nachrichtendienstlichen und polizeilichen Mittel müssen genutzt werden, um gegen Unterstützer und Sympathisanten der Hamas vorzugehen. Der Landtag begrüßt, dass Antisemitismus bei der geplanten Reform des Staatsbürgerschaftsrechts als Ausschlussgrund verankert werden soll.
4. Der Landtag spricht sich dafür aus, dass Demonstrationen weiterhin verboten werden sollen, wenn nach erkennbaren Umständen die öffentliche Sicherheit unmittelbar gefährdet ist und Beschränkungen nicht ausreichen. Darüber hinaus sind die neuerlichen Ausschreitungen eine Erinnerung daran, dass Propaganda und antisemitische Äußerungen auf deutschen Straßen jederzeit unterbunden werden müssen. Die hessischen Polizistinnen und Polizisten sind entsprechend sensibilisiert und im Hinblick auf verbotene Kennzeichen und Organisationen geschult, damit Straftaten schnellstmöglich erkannt und konsequent geahndet werden können.
5. Der Landtag unterstützt das Anliegen der Bundesregierung, unter Ausschöpfung aller rechtsstaatlichen Mittel sämtliche Organisationen zu verbieten, die Terroraktionen direkt oder indirekt unterstützen. Darüber hinaus fordert der Landtag, dass Kooperationen mit sowie Finanzierung des Landes von Organisationen, die das Existenzrecht Israels infrage stellen, die aktuellen Terroraktionen der Hamas relativieren oder gar zu rechtfertigen versuchen, überprüft und ausgesetzt werden.

6. Der Landtag stellt fest, dass sich Hass und Hetze gegen jüdische Bürgerinnen und Bürger hierzulande richten und dass das jüdische Leben in Hessen in Zeiten wie diesen umso mehr geschützt und gesichert werden muss. Daher ist es notwendig, gemeinsam mit den Verantwortlichen Schutzmaßnahmen vor Synagogen und jüdischen Einrichtungen sowie Einrichtungen mit Bezug zum Judentum in Hessen fortlaufend zu überprüfen und bei Bedarf anzupassen. Dies gilt insbesondere auch für jüdische Bildungseinrichtungen: Jüdische Kinder müssen in Hessen sicher und geschützt lernen können. Darüber hinaus müssen auch jüdische Sportvereine sowie Sportlerinnen und Sportler intensiv geschützt werden. Entscheidend ist auch hier eine enge Vernetzung aller mit Sicherheitsfragen befassten Akteure.
7. Der Landtag unterstützt die Umsetzung einer klaren und konsequenten Strategie gegen Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auf hessischen Schulhöfen. Antisemitismus darf an unseren Schulen keinen Platz haben. In diesem Zusammenhang begrüßt er die Unterstützung hessischer Schulen durch die Landesregierung mithilfe von Informationen, Handlungsempfehlungen und Angeboten, um die Situation im Nahen Osten altersgerecht zu thematisieren. Es gilt zu verhindern, dass sich Hass und Gewalt auch in Klassenzimmern oder auf Schulhöfen ausbreiten. Ebenso ist fortlaufend zu prüfen, wie Meldestrukturen für antisemitische Vorfälle nicht nur im Kontext Schule verbessert, Fortbildungen für pädagogisches Personal gerade auch mit Blick auf die Geschichte Israels und des Nahostkonflikts weiter verstärkt und Kooperationen mit außerschulischen Bildungsträgern ausgebaut werden können.
8. Für den Landtag ist klar: Wer Terror gutheißt, relativiert und das Existenzrecht Israels infrage stellt, kann nicht Teil unserer demokratischen Gesellschaft sein. Der Landtag begrüßt die bereits erfolgten klaren Stellungnahmen aus der Zivilgesellschaft und hält weitere deutliche Positionierungen für erforderlich. Eine besondere Verantwortung liegt hier bei muslimischen Institutionen, Verbänden und Vereinen. Politik und Zivilgesellschaft sind jetzt gemeinsam zum Handeln aufgerufen.
9. Der Landtag bittet die Landesregierung daher, den Gegenstand dieses Antrags auch bei der bereits terminierten Sitzung des Dialogforum Islam Hessen zu besprechen. Darüber hinaus bittet der Landtag die Landesregierung einen Gipfel einzuberufen, zu dem alle muslimischen Institutionen, Verbände und Vereine sowie Vertreterinnen und Vertreter der Landtagsfraktionen eingeladen werden. Im Rahmen der Sondersitzung sowie des Gipfels muss gemeinsam und unmissverständlich klargemacht werden, dass das Existenzrecht Israels geachtet wird und die Terroraktionen der Hamas gegen Israel durch nichts zu rechtfertigen sind.

Wiesbaden, 23. Oktober 2023

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)

Für die Fraktion
der Freien Demokraten
Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock